



Kontakt: Dr. Barbara Hähnchen
Kastanienallee 2a, 16341 Panketal
barbara.haehnchen@gmx.de
Tel. 030/9445513

Volkssolidarität Bundesverband e.V.
Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Gunnar Winkler
Alte Schönhauser Straße 16, 10119 Berlin

Panketal, 28. April 2013

Sehr geehrter Herr Professor Winkler!

Attac Berlin wendet sich an Sie mit einem Problem, das nicht nur Berlin betrifft; es ist ein gesamtdeutsches. Und zwar geht es um Menschen in Senioren- und Pflegeheimen, die auf „Hilfe zur Pflege“ angewiesen sind.

Bekanntlich muss diese Art der Sozialhilfe verwendet werden, um davon in den Heimen die Kosten zu finanzieren, die nicht von der Pflegeversicherung und vom Land Berlin übernommen werden.

Was öffentlich kaum bekannt ist: Es bleiben noch Kosten, die von den Betroffenen persönlich zu tragen sind. Dafür bekommen sie ein sogenanntes **Taschengeld** in Höhe von rund 100,- Euro.

Wir halten das für eine unglaubliche Härte und wollen es öffentlich machen. Dazu bitten wir Sie um Ihre Hilfe!

Zur Begründung: Von dem Taschengeld steht unseres Wissens nichts im SGB XI oder XII. Lediglich in einer Broschüre des BMAS ist davon die Rede, allerdings ohne dass die in Heimen verwendete Bezeichnung „Taschengeld“ fällt. Titel der Broschüre „Sozialhilfe und Grundsicherung“, 2010, (z. Zt. nur online verfügbar). Es heißt auf Seite 58: „Jeder Heimbewohner erhält ... einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung in Höhe von mindestens 27% des Eckregelsatzes“, damals 96,93 Euro.

Das Problem: Betroffene müssen sehr viel von dem Taschengeld bezahlen; zum Beispiel sämtliche nicht rezeptpflichtigen Medikamente. Die Zuzahlungen zu GKV-Leistungen muss man ebenfalls bis zur gesetzlichen Grenze selber tragen. Von beidem brauchen Pflegebedürftige natürlich besonders viel. Bezahlen muss man außerdem davon Bekleidung, Schuhe und alles, was man Menschen auch oder besonders bei Pflegebedürftigkeit nicht vorenthalten dürfte.

Unsere Meinung: Von der Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums kann hier nicht im Entferntesten die Rede sein. Auch nicht von selbst bestimmtem Leben.

Wenn man in die Materie tiefer einsteigt, sieht man noch andere Probleme. Dazu die folgende kleine Tabelle:

In Senioren- und Pflegeheimen selbst zu zahlende Preise in Euro pro Monat, Stand 2013, ausgewählte Beispiele für Berlin und Umgebung (1)

Senioren- und Pflegeheim	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III
1. Residenz Berlin Dahlem	1663,70	1972,59	2104,66
2. Am Plänterwald, Bln. Rummelsburg	1114,47	1436,75	1578,55
3. Eichenhof, Zepernick bei Berlin	893,16	948,36	1169,25
4. Lutherheim, Berlin Kreuzberg	1178,96	1457,13	1567,60

Quelle: Pflegelotse Berlin, <http://www.berlin.de/suche/?q=Pflegelotse+Berlin>

(1) Die Preise beinhalten Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten. Der Anschaulichkeit halber erhalten Sie in der Anlage noch für ein Heim eine vollständige Preisliste, wie man sie aus dem Pflegelotsen ausdrucken kann. Er ist gedacht für Leute, die nach einem Heimplatz suchen.

Aber es bleiben wichtige Fragen offen:

1. Woher kommen die enormen Preisunterschiede? Die obige Tabelle zeigt die Summe der Eigenanteile aus Unterkunft, Verpflegung und Investitionen. Letztere liegen in der unglaublichen Spannweite von 42,44 Euro im Heim Am Plänterwald bis zu 546,04 Euro in der Residenz Dahlem.

Warum müssen von den Heimbewohnern überhaupt Investitionskosten gezahlt werden? Gilt hier nicht der Grundsatz einer dualen Finanzierung wie bei Krankenhäusern?

Die Investitionskosten für die Pflegeversicherten sind oftmals so hoch, dass ihretwegen „Hilfe zur Pflege“ beantragt wird. Und auch, wenn man damit nur „aufstocken“ muss, gerät man in die Falle „Taschengeld“. Und das ist schlimmer als Hartz IV!

2. Die meisten Heimbewohner sind Frauen. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 28. 11. 2012 (Drucksache 17/11666) werden konkrete Zahlen zu den gesetzlichen Renten von Frauen angegeben. Die Tabelle auf Seite 5 weist für den Stichtag 31. 12. 2011 aus, dass **83,9% der Altersrenten von Frauen unterhalb von 850 Euro pro Monat lagen, also unter der Armutsgrenze!**

Aufschlussreich auch auf Seite 6 eine Tabelle: 2011 betrug die **Bruttogrundsicherung im Alter 686 Euro. 67,5% der Altersrenten von Frauen lagen darunter! Vergleichen Sie diese Zahlen mit den Kosten in den Heimen!**

Die Altersarmut von Frauen ist bereits jetzt eine Katastrophe und in den Senioren- und Pflegeheimen besonders. Natürlich sind auch Männer betroffen und nicht zuletzt behinderte Pflegebedürftige. In Zukunft wird es aufgrund der Rentenreformen seit Riester von Jahr zu Jahr schlimmer werden.

Wir sind nicht die Einzigen, die das kritisieren. Aber das Taschengeld-Problem taucht in der Öffentlichkeit so gut wie gar nicht auf.

Die uns bekannten Vorschläge zur Beseitigung von Altersarmut brauchen viel zu viel Zeit zu ihrer Verwirklichung.

Beispielsweise schlägt Ver.di eine Pflegevollversicherung vor, die durch eine Bürgerversicherung finanziert werden soll, damit niemand mehr die Heimkosten aus eigener Tasche bezahlen muss. Und die Empfänger von „Hilfe zur Pflege“ könnten über das Geld frei verfügen. So der Kollege Herbert Weisbrod-Frey vom Ressort 9/ FB 03 in einem Schreiben an uns vom 24. April.

Dazu ist zu sagen: Die Bürgerversicherung wird in zahlreichen Varianten, auch von Attac, aber vor allem von der jetzigen Opposition im Bundestag gefordert. Sollten tatsächlich diese 3 Parteien eine Mehrheit in den kommenden Bundestagswahlen erringen, so würde es trotzdem keine rot-rot-grüne Regierung und somit auch keine Bürgerversicherung geben. Denn SPD und Grüne schließen ein Zusammengehen mit der LINKEN kategorisch aus.

Wie lange sollen die Allerärmsten in dieser Gesellschaft eigentlich warten, ehe ihnen geholfen wird? Ehe man Ihnen ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet?

Wir halten es für eine realistische Lösung, anstelle des jetzigen Taschengeldes einen angemessenen Betrag über Steuern oder die Pflegeversicherung auf die Tagesordnung zu setzen.

Hieran zu arbeiten, könnte das **„Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“** in Angriff nehmen!

Deshalb richten wir dieses Schreiben vor allem an die Mitglieder dieses Bündnisses.

Mit solidarischen Grüßen
Im Namen von Attac Berlin

Gez. Hn.

(Barbara Hähnchen)